

AUFRUF

ZUR

FRAUEN & LESBEN - BLOCKADE

am Tag X in Bonn!

Am Tag X wird die Änderung des Art.16 GG und die Einführung von Art.16 a GG von den Parteien (CDU/CSU, FDP, SPD) in 2. und 3. Lesung beschlossen (voraussichtlich nicht vor der 2. Märzwoche).

Durch diesen sogenannten "Asylkompromiß" wird das Grundrecht auf politisches Asyl so gut wie abgeschafft, da Menschen auf der Flucht nur in dem Land Asyl beantragen können, welches sie zuerst betreten haben und welches scheinheilig als sogenanntes "sicheres Drittland" bezeichnet wird.

Ein deutsches Bundesgesetz soll festlegen, welche Länder als "sichere Drittstaaten" anzusehen sind. Bei CDU/CSU, FDP und SPD besteht bereits Einigkeit darüber, daß dies neben den EG-Mitgliedsstaaten für Polen, die CSFR, Österreich und die Schweiz gelten soll und die CDU/CSU und die FDP ordnen zudem auch die Slowakei, Ungarn und die skandinavischen Staaten als "sichere Drittstaaten" ein.

Nach diesen Festlegungen ist die BRD ausschließlich von solchen "sicheren Drittländern" umgeben und es kann hier nur noch Asyl beantragen, wer/welche per Flugzeug in die BRD gelangt ist.

Zudem sieht der neu geplante Art.16 a GG vor, daß Menschen auf der Flucht nur dann Asyl in der BRD beantragen können, wenn sie nicht aus einem sogenannten "sicheren Herkunftsstaat" kommen, da in diesen, von der BRD festgelegten Ländern, eine politische Verfolgung angeblich nicht stattfindet. Zu diesen Ländern zählen Bulgarien, Rumänien, Ghana und Indien, obwohl in den vergangenen Jahren AsylbewerberInnen aus Bulgarien, Rumänien und Ghana in der BRD als politisch verfolgt und daher als asylberechtigt anerkannt worden sind und Indien u.a. von der Menschenrechtsorganisation amnesty international eindeutig als Verfolgerstaat eingestuft wird.

Menschen, die aus diesen Ländern flüchten, gelten in der BRD mit der Änderung des Art.16 GG und der Einführung des Art.16 a GG also nicht mehr als schutzbedürftig und werden, sofern sie überhaupt die finanziellen Kosten für ein Flugticket aufbringen konnten auf den Flughäfen u.a. vom Bundesgrenzschutz abgefangen und die entsprechenden Fluggesellschaften, die Flugtickets ohne eine Visavorlage verkauft haben, mit harten Sanktionen belegt. Für Frauen und Lesben ist es auf Grund der HERRschenden patriarchalen Gesellschaftsstrukturen in ihren Herkunftsländern nur selten möglich, allein zu flüchten, oft sind sie auf ihrer Flucht Folter und Vergewaltigung ausgesetzt. Zumal es für sie auf Grund ihrer ökonomischen Lage noch schwieriger ist die hohen Flugkosten zu bezahlen.

Aber auch hier in der BRD wird Menschen, die Asyl beantragen, ihr Leben so schwer wie möglich gemacht; für Frauen und Lesben wird es hier fast unmöglich.

Beispiele hierfür sind:

- Nichtanerkennung von sexueller und heterosexistischer Verfolgung als Asylgrund
- Nachweispflicht von Arbeit und "ausreichendem" Wohnraum
- an den Ehemann gekoppeltes Asylrecht
- aufgezwungene Lebensmittelmarken
- Einschränkung von politischer Betätigung
- sexuelle Gewalt gegen Frauen und Lesben in den sogenannten "Flüchtlingsheimen und Sammellagern"

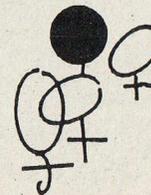
Dies alles findet auf dem Hintergrund tagtäglicher faschistischer Überfälle und menschenverachtender Medienhetze gegen Menschen aus anderen Ländern unter der Zustimmung von Bevölkerung und Parteien statt.

Alle Frauen und Lesben, die an der Blockade des Bundestages in Bonn am Tag X, wenn die Änderung des Grundrechts auf politisches Asyl beschlossen wird, teilnehmen wollen, fordern wir auf, sich in Bonn am Sammelpunkt Theodor-Heuss-Straße zu treffen, um dann zu einem gemeinsamen Blockadetreffpunkt zu gehen. Ob wir Frauen/Lesben dann eine eigene Blockade bilden oder nur einen Block in einer gemischten Blockade, hängt von unserer Stärke ab.

Also kommt alle !!!

FRAUENLESBEN fordern:

- Keine Änderung des Artikel 16 Grundgesetzes
- Keine Eingriffe in die persönliche Freiheit von Menschen aus anderen Ländern
- Sofortige Anerkennung von sexueller und heterosexistischer Verfolgung als Asylgrund
- Eigenständiges und unbefristetes Aufenthaltsrecht für Frauen und Lesben
- Abschaffung aller Sammellager
- Bleiberecht für alle, die hier leben wollen
- Keine Mauer um die BRD und Europa



Aufruf zur Frauen & Lesben - Blockade am Tag X in Bonn!

Am Tag X wird die Änderung des Art. 16 GG und die Einführung von Art. 16 a GG von den Parteien CDU/CSU, FDP, SPD in 2. und 3. Lesung beschlossen werden.

Durch diesen sogenannten „Asylkompromiß“ wird das Grundrecht auf politisches Asyl so gut wie abgeschafft, da Menschen auf der Flucht nur in dem Land Asyl beantragen können, welches sie zuerst betreten haben und welches scheinheilig als sogenanntes „sicheres Drittland“ bezeichnet wird.

Ein deutsches Bundesgesetz soll festlegen, welche Länder als „sichere Drittstaaten“ anzusehen sind. Bei CDU/CSU, FDP und SPD besteht Einigkeit darüber, daß dies neben den EG-Mitgliedsstaaten für Polen, die CSFR, Österreich und die Schweiz gelten soll und die CDU/CSU und die FDP ordnen zudem auch die Slowakei, Ungarn und die skandinavischen Staaten als „sichere Drittstaaten“ ein.

Nach diesen Festlegungen ist die BRD ausschließlich von solchen „Drittländern“ umgeben und es kann hier nur noch Asyl beantragen, wer/welche per Flugzeug in die BRD gelangt ist!

Zudem sieht der neu geplante Art. 16 a GG vor, daß Menschen auf der Flucht nur dann Asyl in der BRD beantragen können, wenn sie **nicht** aus einem sogenannten „sicheren Herkunftsstaat“ kommen, da in diesen, von der BRD festgelegten Ländern, eine politische Verfolgung angeblich nicht stattfindet. Zu diesen Ländern zählen Bulgarien, Rumänien, Ghana und Indien, obwohl in den vergangenen Jahren AsylbewerberInnen aus Bulgarien, Rumänien und Ghana in der BRD als politisch verfolgt und daher als asylberechtigter anerkannt worden sind und Indien u.a. von der Menschenrechtsorganisation amnesty international eindeutig als Verfolgerstaat eingestuft wird.

Menschen, die aus diesen Ländern flüchten, gelten in der BRD mit der Änderung des Art. 16 GG und der Einführung des Art. 16 a GG also nicht mehr als schutzbedürftig und werden, sofern sie überhaupt die finanziellen Kosten für ein Flugticket aufbringen konnten, auf den Flughäfen abgefangen und die entsprechenden Fluggesellschaften, die Flugtickets ohne eine Visavorlage verkauft haben, werden mit harten Sanktionen belegt. Für Frauen und Lesben ist es auf Grund der HERRschenden patriarchalen Gesellschaftsstrukturen in ihren Herkunftsländern nur selten möglich, allein zu flüchten, oft sind sie auf ihrer Flucht Folter und Vergewaltigungen ausge-

setzt. Zumal es für sie auf Grund ihrer ökonomischen Lage noch schwieriger ist, die hohen Flugkosten zu bezahlen. Aber auch hier in der BRD wird Menschen, die Asyl beantragen, ihr Leben so schwer wie möglich gemacht; für Frauen und Lesben wird es hier fast unmöglich.

Beispiele hierfür sind:

- Nichtanerkennung von sexueller und heterosexistischer Verfolgung als Asylgrund,
- Nachweispflicht von Arbeit und „ausreichendem“ Wohnraum,
- an den Ehemann gekoppeltes Asylrecht,
- aufgezwungene Lebensmittelkarten,
- Einschränkung von politischer Betätigung,
- sexuelle Gewalt gegen Frauen und Lesben in den sogenannten „Flüchtlingsheimen und Sammellagern“.

Dies alles findet auf dem Hintergrund tagtäglicher faschistischer Überfälle und menschenverachtender Medienhetze gegen Menschen aus anderen Ländern unter der Zustimmung von Bevölkerung und Parteien statt.

Alle Frauen und Lesben, die an der Blockade des Bundestages in Bonn am Tag X, wenn die Änderung des Grundrechts auf politisches Asyl beschlossen wird, teilnehmen wollen, fordern wir auf, sich in Bonn am Sammelpunkt Theodor-Heuss-Straße zu treffen, um dann zu einem gemeinsamen Blockadetreffpunkt zu gehen.

Ob wir Frauen/Lesben dann eine eigene Blockade bilden oder nur einen Block in einer gemischten Blockade, hängt von unserer Stärke ab.

Also kommt alle!!!

Nachtrag:

Der CSU-Politiker Gerhard Scheu schrieb zum Thema „Asylrecht für Homosexuelle“ einen Leserbrief. Darin heißt es:

Wenn ein Staat z.B. homosexuelle Handlungen aus sittlichen und gesundheitlichen Gründen unter Strafe stellt, dann will die SPD diesen Desorientierten in Deutschland Schutz und Asyl gewähren! Nichts verdeutlicht mehr den Niedergang dieser Volkspartei!

(Quelle: Süddeutsche Zeitung, 27.11.92).

Andersherum wird ein Schuh daraus: nichts verdeutlicht mehr den Niedergang der SPD, wenn sie meint, auf solche Leute wie diesen CSU-Abgeordneten Rücksicht nehmen zu müssen!



Der Export deutscher Waffen ist ein Milliardengeschäft. In jedem Krieg werden auch deutsche Waffen eingesetzt.

Sie bringen Tod, Hunger, Obdachlosigkeit, Seuchen und Massenflucht.

Flüchtlingen aus Kriegsgebieten verweigert die Bundesregierung bislang ihr Recht auf Asyl, anstatt durch ein Verbot von Rüstungsexport das Flüchtlingselend zu mindern.

**Den Waffenhandel unterbinden:
Das Recht auf Asyl bleibt.**



Schwer eine Wohnung zu finden im Westen.

Schwer eine Arbeit zu finden im Osten.

Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft hat keine Probleme gelöst, sondern zusätzliche geschaffen.

Die Regierenden haben das Asylrecht zum Wahlkampfthema gemacht, um abzulenken.

Neonazis kommen ihnen dabei gerade recht.

**Die Verantwortlichen benennen:
Das Recht auf Asyl bleibt.**

